

spricht die chinesischen Kapitalisten als Revolutionäre und die alten reaktionären chinesischen Generale, deren Bilder sie bringt, als Genossen an. Der Vorwärts wieder läßt die englische (sozialdemokratische) Labour Party für sich Politik machen, aus deren Manifest über die englische Politik, das in die Presse gerichtet ist, er einen Auszug nebst Kommentar bringt, von dem wir einige Sätze hier wiedergeben:

„Nachdem einleitend auf die mit der Politik der Arbeiterpartei in Übereinstimmung stehende Veränderung der ökonomischen britischen Politik gegenüber China in der jüngsten Zeit hingewiesen wird, betont das Manifest, daß die einzige Aufgabe der britischen Regierung bei ihren Verhandlungen mit China darin bestehen könne, die notwendigen Mindestgarantien für die in China lebenden Staatsbürger sowie für die Sicherheit des chinesisch-englischen Handelsverkehrs zu erlangen.“

„Die britische Regierung sollte den Versuch machen, in gemeinsamer Zusammenarbeit mit den übrigen Nationen ein absolutes und wirksames Verbot der Waffenexporte nach China durchzusetzen. Dieses Verbot von Waffen nach China soll auch für Kriegszwecke indirekt dienenden Gegenstände ausgedehnt werden. Ueberdies soll das bereits bestehende Ausfuhrverbot von Waffen von England nach China absolut wirksam gemacht werden. Schließlich betont das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei, die englische Regierung dürfe sich weder durch die Rechtsradikalen im eigenen Lande noch durch etwaige Abmachungen anderer Mächte aus der von der Regierung beabsichtigten Politik ablenken lassen.“

Dieses „Arbeiterpolitik“ bedeutet den Wink an den englischen Militarismus: „Immer fester drückt“ den Chinesen die Waffen gepreßt, alle Waffen gegen den „Erfinden“, genau wie 1914-18. Es ist dies nämlich bereits die Politik, die das Konkurrenzkapital bereits gegen China verfolgt. Obwohl selbst nach englischen Meldungen Interesse des japanischen, französischen und amerikanischen Kapitals nicht verletzt sind, rüsten auch Japan und Frankreich gegen China und Amerika hat schon Kriegsschiffe in Hankau von Anker gelegt. „Zum Schutze amerikanischen Eigentums“ „Friede auf Erden!“

Mexikos Streich mit Amerika
Der Kampf um die Oelkonzessionen.

Das mexikanische Kabinett, das unter dem Vorsitz Calles' tagte, faßte eine Beschlüsse, wie dem „Tag“ aus New York überliefert wird, wonach der Oberste Gerichtshof Mexikos darüber entscheiden soll, wann und wie die im neuen Oelgesetz vorgesehene Bescheidung der ausländischen Oelkonzessionen durchgeführt werden soll.

Der mexikanische Handelsminister wurde vom Präsidenten Calles beauftragt, die englischen Gesellschaften nachzuweisen, die den Bestimmungen des neuen Oelgesetzes nicht entsprechen haben. Die Regierung beabsichtigt, gegen die Säumnisse strenge Maßnahmen zu ergreifen.

Nach dem Beschluß des mexikanischen Kabinetts wird also jetzt die Entscheidung fallen, ob Mexiko die Beschlagnahme der amerikanischen und englischen Oelkonzessionen auch praktisch durchführt. Da die Vereinigten Staaten sich in dieser Frage bereits festgelegt haben, dürfte diese Entscheidung unter keinen Umständen von der amerikanischen Regierung ruhig hingenommen werden. Nicht nur die mexikanischen Oelfelder, sondern auch die mexikanische Regierung steht unter dem Kommando der Dollarmilliardäre. In dem von der Natur verschwenderisch mit Reichtum ausgestatteten Mexiko hat das amerikanische Kapital dermaßen großen Schaden erlitten, daß das einheimische Kapital in seiner Entwicklung gehemmt ist und schlechte Profite macht und Millionen Proletariat buchstäblich mit dem Hungertode ringen. Dem eisernen Zwange folgend, hat die mexikanische Regierung die Gesetzgebung des Profites der USA-Oelkonzessionen unter eine Klemmlocke zu Gunsten des eigenen Landes beschneidet. Das USA-Oelkapital behauptet, daß dies einer „Beschlagnahme der ausländischen Oelkonzessionen“ gleichkommt und mobilisiert seine eigene Regierung. Rebellionen der mexikanischen Proletariat und kriegerische Verwicklungen Mexiko-Nordamerika sind unausbleiblich.

USA-Invasion in Mittelamerika
Die Dollarfürsten anektieren Nikaragua.

Die Dollarmilliardäre haben die Monroe-Doktrin „Amerika den Amerikanern“ umgewandelt in „Amerika den Trusts“. Der Imperialismus Nordamerikas grinst in seiner wahren Gestalt hervor aus einem Beschluß des Senatsausschusses. In Washington Parlament, ja, sogar in der Regierung (Senat) ist eine Opposition entstanden gegen die Aktionen der Regierung des Transkontinents. Die Herron sind zwar nicht gegen die Auspressung der süd- und mittelamerikanischen Völker, sie fürchten aber, daß die räuberische Auspressung dieser Völker diese einst gemeinsam zum Aufstand treiben und dadurch dem „Dollarkapital“ Schaden zufügen. Daher nicht gegen die Auspressung der Washingtoner auswärtige Senatsausschuss einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der untersucht soll, „ob dem Staatsdepartement verboten werden soll, amerikanische Truppen zur Einziehung von Walfischgröhdern (in Wallrose) in der amerikanischen Börse) in fremden Ländern zu gebrauchen.“

Dem mächtig emporschließenden nordamerikanischen Kapitalismus sind die Vereinigten Staaten längst zu enge. Seit langem hat er seine Fühler nach Mittel- und Südamerika ausgedehnt, um sich Absatzgebiete und Rohstoffquellen (Minerale, Holz, Petroleum) zu sichern, resp. die Wege seiner Ausfuhr. Kuba, Haiti, Portoriko, San Domingo wurden politisch unterjocht, Mexiko seiner reichen Bodenschätze durch Kapitalinvasion beraubt, Panama wurde von Kolumbien losgerissen und zum „selbständigen“ Staat unter der Antokratie der Dollarfürsten gebracht, um den Panamakanal, die Verbindungsstraße durch die Landenge von Großem zum Atlantischen Ozean, in die Hände zu bekommen. Jetzt, am 5. Januar, haben die pazifischen Küste gelandet und durch 160 Marinesoldaten die Hauptstadt Managua des Staates Nikaragua besetzt, was faktisch die Herrschaft über das Land bedeutet. Die Zahl der Landungstruppen ist nicht so lächerlich gering, weil ganz Nikaragua nur rund 700 000 Einwohner zählt. Hinter diesen Truppenteilen steht das ganze amerikanische Kapital mit seinem nach Hunderttausenden zählenden Militärapparat und seinen mancherlei Verbindungen finanzieller und ideologischer Natur mit Grundbesitzern und Industriellen des Landes. Das „sittliche Recht“ der Dollarfürsten wird auch bestätigt, durch die von Dollar gefesselten europäischen Kapitalen. Der englische und italienische Geschäftsträger in Nikaragua haben sofort erklärt, daß das Eigentum ihrer Staatsangehörigen in Gefahr sei und „ausländischer“ Hilfe erforderlich wäre.

In Nikaragua herrschte der Dollar schon seit 1913; bis 1925 war die Hauptstadt Managua von 100 USA-Marinerosoldaten besetzt, deren Leitung faktisch das Land im Interesse der Dollarfürsten regierte; die konservative Regierung und der Präsident Diaz wählten ihres Amtes nur von der Gnade der USA; mehr als drei Viertel der Bevölkerung war gegen sie eingestellt. Die liberale Opposition, hinter der die amerikanische Mission vorzogen, Truppen des Diaz in letzter Zeit Schläppen beigebracht, die ihn und die amerikane konservative Regierung ernstlich gefährdeten. Man rechnet auch heute noch mit der Einnahme der Hauptstadt durch die Oppositionstruppen und mit der baldigen Herrschaft der Liberalen. Nikaragua ist nach Panama die geeignetste, resp. die einzige mögliche Stelle, wo die Landenge durchstochen und der Große

Ozean mit dem Atlantischen verbunden werden könnte. Europäische würden dadurch nach der amerikanischen Westküste nach Australien den vielen tausend Kilometer langen Umweg um Südamerika sparen. Das würde eine gewaltige Transportverbilligung und Konkurrenzverleinerung gegen das nordamerikanische Kapital bedeuten. Bei einer liberalen Regierung in Nikaragua bestände aber die Gefahr, daß der Panamakanal durch einen Nikaraguaanal einen Konkurrenten bekäme und entwertet würde. Schließlich liegt Nikaragua noch auf dem Wege Nordamerika-Südamerika und bietet einige Zukunftsmöglichkeiten für den nordamerikanischen Kapitalismus, sowohl als Absatzgebiet wie als Damm gegen den Süden. Um dieser sehr realen Wirklichkeiten wegen hat Nordamerika in Nikaragua Truppen unterhalten und ein Terrorregiment geführt. Reaktionen und Präsidenten gestürzt und eingesetzt, und jetzt wieder seinen Kreuzer gelandet und die Hauptstadt besetzt. Da die Bevölkerung trotz der Truppen ernstlich Anstalten macht, sich gegen den USA-Imperialismus weiter zu Wehr zu setzen, Expansion für das Dollarkapital aber Lebensnotwendigkeit ist, ist der Kriegsbau in Mittelamerika unschwer vorzusagen. Am 6. Januar schon haben die USA 6 weitere Schiffe beordert, nach der Küste von Nikaragua auszulassen. Ferner wurde Diaz ermächtigt, 1000 Gewehre, 160 Maschinengewehre und mehrere Millionen Schußmunition einzuführen. Für den 12. Januar endlich haben die USA, an der Küste von Nikaragua eine Flotten-demonstration angesetzt, an der sich 60 Kriegsschiffe beteiligen werden. Schließlich läßt noch Huerta, der von Amerika unterstützte diktatorische Präsident, bekanntzugeben, daß er 20 000 Mann bewaffnete Truppen habe, die in Mexiko die Religionsfreiheit (!) und das Eigentum verteidigen werden. Damit wird der Kern der Sache berührt. Der große von Amerika aufgetriebene Militärapparat hat nämlich den Zweck, eine Verbindung Mexiko-Nicaragua zu verhindern.

Der Pazifismus hat seine Maske fallen gelassen, weil Religion und Profit in Gefahr sind.

Die „Abrüstung marschiert“.

Washington, 6. Januar. (WTB). Der Maritime-Ausschuss des Repräsentantenhauses hat eine Resolution angenommen, in welcher er sich für die Erhöhung der Obergrenze der Geschütze auf allen Schlachtschiffen der Vereinigten Staaten ausspricht, um mit den britischen Schiffen auf gleiche Höhe zu kommen.

Die „Abrüstung marschiert“.

Washington, 6. Januar. (WTB). Der Maritime-Ausschuss des Repräsentantenhauses hat eine Resolution angenommen, in welcher er sich für die Erhöhung der Obergrenze der Geschütze auf allen Schlachtschiffen der Vereinigten Staaten ausspricht, um mit den britischen Schiffen auf gleiche Höhe zu kommen.

Aus der Bewegung
Näherung in der „Entscheidende Linke“

Die Oppositionsgruppe „Entscheidende Linke“ innerhalb und außerhalb der KPD, nahm auf ihrer letzten Tagung Zentral-ausschussbesitzung folgende Resolution an:

„Entscheidung zu Parlament und Gewerkschaften.“ Die Zentral-Ausschussbesitzung der „Entscheidende Linke“ erkennt an, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung in der Periode des imperialistischen Kapitalismus gegenüber dem als Klasse im Weltmaßstab am breitesten Grundlagede und in höchstem Maße zusammengefaßten Weltkapital um einen neuen Inhalt und um neue Formen des Kampfes ringen muß.

Hierbei fällt der „Entscheidende Linke“ insbesondere gegenüber den Massen der in der KPD, bzw. um die KPD, zusammengehörigen Arbeiter eine führende Aufgabe zu, die am allerwichtigsten von den zentralistischen Gruppen um Trotzk, Urbahn, Korsch usw. gelöst werden kann. Die „Entscheidende Linke“ bekennt sich zum revolutionären Rätegedanken und zum „Entscheidenden“ Parlamentarismus, der die Anschauungen rücksichtloser Proletariatschichten, also ob ihnen im Wege sogenannter gesetzlicher Aktionen im Rahmen der bürgerlichen Gesetze irgendwie gehoben werden könnte. Das können die „Entscheidende Linke“ beschließen, die in Gruppen zu den von der Bourgeoisie in der Aufstiegsperiode geschaffenen Institutionen, die als gesetzliche im schärfsten Gegensatz zu den revolutionären Räten stehen, einer grundlegenden Revolutionsaktion zuzugreifen.

Parlamentarismus und Gewerkschaftsbürokratie tragen das Gift des Reformismus bis in die innersten Poren der Sozialdemokratie und ließen sie für den revolutionären Kampf völlig verloren gehen. Die „Entscheidende Linke“ sieht heute den ideologischen Zusammenhang der 3. Internationale vor Augen. Der revolutionäre Parlamentarismus und die Zellenbauer in den Amsterdamer Gewerkschaften haben einen völligen Bankrott erlitten. Im Gegensatz hierzu hat der reformistische Parlamentarismus ein „Entscheidendes“ Parlamentarismus, der die Gewerkschaften die „revolutionären“ Zellenbauer verschlingen.

Die Z.-A.-Sitzung erklärt, daß die Eroberung und Revolutionierung der Gewerkschaften unmöglich ist, daß ferner der „Entscheidende Linke“ die Aufgabe zusteht, die Gewerkschaften als ein offenes Werkzeug des imperialistischen Faschismus gegen die Arbeiterklasse erweist und dessen spezifisches Gewicht im System des Kapitalismus immer geringer wird, nur dazu dient, unfähig seine „Enthüllungen“ der Arbeiterklasse zu verheimlichen zu lassen, die Entwicklung der revolutionären Rätefront im Wege stehen. Er muß als schärfste Gefahr der „Entscheidenden Linke“ angesehen werden, wo ihn die Bourgeoisie immer mehr zu Grabe trägt. Es wäre schlimm, wenn der „Entscheidende Linke“ ein „Entscheidendes“ Parlamentarismus eines Tages zum vielverehrten Märtyrer der Demokratie würde.

Genau so scharf sind die Gewerkschaften zu bekämpfen. Sie müssen so schnell wie möglich und mit allen Mitteln der Zersetzung zerschlagen werden.

An ihre Stelle müssen die Organe der Klasse im Betrieb und auf der Stempelstelle mit einem revolutionären Inhalt und unter Führung der Räte treten.

Auch der Industrieverband genügt heute nicht mehr, wie uns besonders der Kampf der englischen Bergarbeiter beweist. Es zeigt sich, daß der Industrieverband als eine verbesserte Neuauflage der Berufsorganisation nicht fähig ist, die Kampfaktionen der Klasse zu lösen, in den Massen revolutionäre Programme in die Aktionen des Proletariats hineingehen; sie vertiefen, steigern und im Sinne des Rätegedankens vorantreiben wird. Sie wendet sich als schärfste gegen die „Entscheidende Linke“ und die „Entscheidende Linke“ hat als proletarisch-kommunistische Vorhut keine von der Arbeiterklasse getrennten Interessen.“

Dieser Beschluß zeigt, daß die revolutionären Elemente der KPD, die sich im Interesse der Klasse mit ihnen den grundsätzlichen Kampf gegen den Reformismus der KPD aufzunehmen mit der klaren Perspektive der Zertrümmerung der konter-revolutionären KPD, und Komitern, der Betätigung der ehrlichen Arbeiterelemente aus deren ideologischen und organisatorischen Faszination und deren Zusammenschließung zur Partei der Revolution.

Spanien
Am Freitag, den 7.1. war „Reichstags-Auflösung“ in Spanien. Die KPD hatte durch große rote Plakate und durch Frontkämpfer-Panzen eine Menge Schaulustiger angelockt. Es gab sich durch der KAP-Fresser Hofer und der jüngst aus der SPD zugewanderte, Rußlandreisende Hoffmann als

„Kämpfer“ aus. In ihren bekannten Tiraden von der „Schlechtheit“ der SPD-Abgeordneten und in den Anpreisungen ihrer eigenen parlamentarischen Qualitäten „erkante man zur Genüge diese politischen Kriechtiere. Jede Reizung der Opposition im Saale (und diese war nicht einmal störend) wurde mit den gemeinsten Beschimpfungen quittiert. Trotzdem die Rußland-Munition nicht zur Debatte stand, ließ dem Referenten das böse Gewissen keine Ruhe. Er verteidigte den Standpunkt der KPD-Zentrale. Ein Flugblatt der KPD, „die Wahrheit über die Sowjet-Oranaten“ war der Versammlungsleitung als Diskussions-Material hinaufgegeben worden. Ein Blick in dasselbe und Herr Hoffmann steigerte seine Anstrengungen dazu Maultrömmelei — gegen die KAP. Entkräften konnten, — sowohl Hoffmanns „Stärke“ wie auch die als Rausschmeißer postierten „Frontkämpfer“ die Tatsachen nicht. Wohl aber vermochten sie (w welcher Sieg!) die oppositionellen Arbeiter zu überschreien, die KAP. am Reden zu verhindern. — Uns ist nicht bange! Wenn die bestimmte Garnitur Frontkämpfer in Spandau sich weiter von Ekki-Knechten einfeilen lassen will, auch sie müssen über kurz oder lang den Betrug durchschauen. In einer eigenen Versammlung wird die KAP. hier am Orte bald die proletarische Öffentlichkeit über den beispiellosen russischen Verrat aufklären. Der RFB. ist eingeladen — wenn ihm, wie den Ekki-Knechten nicht verboten wird. —

Aus der Partei
Niedersachsen
Bericht von der Bezirks-Konferenz Niedersachsens. Am 19. v. M. tagte in Alfeld a. L. eine komb. Konferenz von Partei und Union, deren Aufgabe sich darin beschränkte, alle Unklarheiten zu beseitigen und den Bezirk wieder neu aufzubauen. Als Bez.-Vorort wurde die Ortsgruppe-Beitragenen b. Alfeld a. L. gewählt. Es gelang ferner, mehrere Genossen abseits stehender Gruppen wieder für den Kampf der KAP. und AAU. zu gewinnen. Folgender Niederschlag der gemeinsamen Arbeit fand einstimmige Annahme:

Am 19. 12. 26 in Alfeld a. L. tagende Bez.-Konferenz der KAP. und AAU. hat die Vorarbeiten für die Reorganisation des Bezirkes abgeschlossen und die Ortsgruppe Döllingen als Bezirks-Vorort eingesetzt. Alle organisatorischen Maßnahmen fanden einstimmige Billigung und die Delegierten verpflichteten sich, die Kräfte dafür einzusetzen, den Zusammenschluß aller nach den Erkenntnissen der KAP. und AAU. kämpfenden Proletariat herbeizuführen, deren störende Momente unter den Delegierten des Bezirkes vollkommen liquidiert sind. Genossen des Bezirkes, jetzt an die Arbeit!

Der BAA. — Döllingen b. Alfeld a. L.

Proletarisches Notizbuch

Beginnende Arbeiterentlassungen auf Ruhrzechen. Die Ruhrzechen „Caroline“ (Harpen Konzern) und „Alte Hedwig“ (Lobringen) haben zum 15. Januar 42 bzw. 15 Bergleute gekündigt. Es wird Absatzzwang angedroht.

Das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder in der KPD wird erneut durch die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD. besprochen. Diese schwer, kaum daß die Ekki-Tatung beendet ist, zwischen der SPD. und KPD. bezüglich der Bewaffnung der deutschen Reichswehr durch Rußland hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Der „Vorwärts“ vom Freitag, den 14. Januar, meldet in seiner Morgenausgabe, daß Künstler von der SPD., der die von uns in Nr. 3 besprochenen Einzelheiten über die Fabrikation von Giftgasen in Rußland veröffentlichte, den Redakteur des „Klassenkampf“ in Halle verurteilte, weil dieser ihn als „Lügenkünstler“ bezeichnete. Künstler schreibt nun im „Vorwärts“:

„Die Gelegenheit, die mir der Redakteur des „Klassenkampf“ in Halle gibt, werde ich nutzen. Da mich dieser Redakteur einen Lügenkünstler und Lügenkünstler nennt, werde ich ihm verhängen. Nicht weil ich seine Bestrafung beabsichtige, sondern weil vor aller Öffentlichkeit der Wahrheitsbeweis geführt werden soll, daß die Behauptung der Sozialdemokratie über die Verbringung von Sowierrüstung in die Reichswehr vollkommen der Wahrheit entspricht. Wir werden sie alle als Zeugen laden, voran den sächsischen Fabrikanten Stolzenberg, alle Arbeiter der Giftgasfabrik in Troitz, deren Adressen wir habhaft werden können, die vorkriegs Beamten und Ingenieure, die in Troitz waren, die Offiziere, die mit falschen Pässen und zum Teil unter falschem Namen nach Rußland gereist sind, die Offiziere und Angestellten des Reichswehrministeriums und seiner Dienststellen. Wir werden auch die Arbeiter laden, die in Steiermark ausgedient haben. Sie alle sollen unter Eid aussagen. Die deutsche Arbeiterschaft soll sehen, wer lügt und wer die Wahrheit spricht.“

An demselben Tage nimmt die „Rote Fahne“ zu dem Vorgehen Künstlers folgendermaßen Stellung:

„Mit Chamberlain und der deutschen Klassenpolitik.“ Franz Künstler, der Agent des Parteivertreter Klaus, Franz Künstler, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin der SPD., kündigt in den sächsischen SPD.-Blättern an, daß er unser Hallesches Bruderblatt, den „Klassenkampf“ vor dem Klassengericht verklagen wird, wegen der „Klassenkampf“ den Agenten Chamberlain als „Lügenkünstler und Lügenstümper“ bezeichnet hat.

Es ist charakteristisch für diesen Burschen, der doch wahrlich von uns nicht schonender behandelt wird, daß er unfähig seine „Enthüllungen“, die er im Dienste Chamberlains macht, zu beweisen, die deutsche Klassenjustiz mobilisiert. Soweit ist dieser frühere Unabhängige, der jetzt voll und ganz die Politik der Weis und Müller vertritt heruntergekommen, daß er seine ganze Hoffnung in die Niederjustiz setzt. Mit Verachtung zeigt die deutsche Arbeiterschaft über diese Burschen hinweg, die im Bunde mit Chamberlain und Nieder gegen die Sowjetunion und die Klassenbeweise Arbeiterbewegung kämpfen.“

Wir wissen nicht, ob die „Rote Fahne“ ihre Leser für geistkrank hält, da sie ihnen einen solchen Kalauer als Antwort vorzusetzen wagt. Wir sind der Meinung, daß es für die KPD. besser gewesen wäre, diese formalen Beldingungen zurückzunehmen. Es wäre das wohl ein Ende mit Schrecken, aber immer noch besser, als der Schrecken ohne Ende.

Wir stellen doch wohl eine nicht allzu komplizierte Tatsache fest, wenn wir bemerken, daß die Befleischung der deutschen Reichswehr mit Munition durch kein bürgerliches Klassengericht festgestellt werden könnte, — wenn es nicht wahr wäre. Noch mehr; hier wäre doch eine willkommene Gelegenheit, die SPD. die einen solch ungeheuerlichen Vorwurf erhebt, in ihrer abgrundtiefen Verlogenheit vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit bloßzustellen und sie der proletarischen Verachtung preiszugeben. Wir meinen, daß diese Methode, eine viel bessere Abwehr wäre, als die billigen Redensarten von den „Agenten Chamberlains“ aus dem Munde von Leuten, deren lächerliches Leugnen jetzt, wo kein Maulspitzen mehr hilft, in das unverhüllte Geständnis umschlägt: Es ist wahr, es ist leider allzu wahr! Wer einen anderen Sinn aus diesem Geständnis herauslesen kann, der mühte schon vollkommen rettungslos bolschewisiert sein, und wäre in der Tat mehr zu bedauern, als zu beneiden.

Dieses Eingeständnis, daß Rußland die deutsche Reichswehr in ihrem Kampf gegen das aufgebregene Proletariat mit Munition versorgt, das kennzeichnet

Mitteilungen
Chemnitz.
Sonabend, den 22. Januar 1927, abends 7,30 Uhr. in der Arbeiterbörse, Halnstraße. Thema: Was haben 70 deutsche Arbeiter in Rußland und was haben sie nicht?

Groß-Berlin
Zur Kranzniederlegung in Friedrichsfelde
treffen sich die Genossen Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, in Friedrichsfelde.

7. Bezirk (Charlottenburg), Freitag, den 14. 1. Mitglieder-versammlung bei Koch, Schillerstraße 75. Thema: Rote und Aufgaben der Partei. Erscheinen ist Pflicht. Die Bezirksleitung.

Alle Leser der „KAZ.“
bitten wir, uns Adressen einzusenden von Genossen, die evtl. Interesse für die „KAZ.“ haben.

Wir wollen Probeexemplare der „KAZ.“ an solche Genossen versenden.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula. Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei von Willy Isdonat. Berlin O 17, Lanzestraße 79.

6. Jahrg. Nr. 4 **Kommunistische Arbeiterzeitung** Preis 15 Pf
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg
Januar 1927
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW.7, Nr. 828 42. Büchhandl. i. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.
Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Ein Magdeburger der KPD.
Die russische Reichswehrmunition vor dem bürgerlichen Gericht

Die Auseinandersetzung zwischen dem Rabbi und dem Mönch, — zwischen der SPD. und KPD. bezüglich der Bewaffnung der deutschen Reichswehr durch Rußland hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Der „Vorwärts“ vom Freitag, den 14. Januar, meldet in seiner Morgenausgabe, daß Künstler von der SPD., der die von uns in Nr. 3 besprochenen Einzelheiten über die Fabrikation von Giftgasen in Rußland veröffentlichte, den Redakteur des „Klassenkampf“ in Halle verurteilte, weil dieser ihn als „Lügenkünstler“ bezeichnete. Künstler schreibt nun im „Vorwärts“:

„Die Gelegenheit, die mir der Redakteur des „Klassenkampf“ in Halle gibt, werde ich nutzen. Da mich dieser Redakteur einen Lügenkünstler und Lügenkünstler nennt, werde ich ihm verhängen. Nicht weil ich seine Bestrafung beabsichtige, sondern weil vor aller Öffentlichkeit der Wahrheitsbeweis geführt werden soll, daß die Behauptung der Sozialdemokratie über die Verbringung von Sowierrüstung in die Reichswehr vollkommen der Wahrheit entspricht. Wir werden sie alle als Zeugen laden, voran den sächsischen Fabrikanten Stolzenberg, alle Arbeiter der Giftgasfabrik in Troitz, deren Adressen wir habhaft werden können, die vorkriegs Beamten und Ingenieure, die in Troitz waren, die Offiziere, die mit falschen Pässen und zum Teil unter falschem Namen nach Rußland gereist sind, die Offiziere und Angestellten des Reichswehrministeriums und seiner Dienststellen. Wir werden auch die Arbeiter laden, die in Steiermark ausgedient haben. Sie alle sollen unter Eid aussagen. Die deutsche Arbeiterschaft soll sehen, wer lügt und wer die Wahrheit spricht.“

An demselben Tage nimmt die „Rote Fahne“ zu dem Vorgehen Künstlers folgendermaßen Stellung:

„Mit Chamberlain und der deutschen Klassenpolitik.“ Franz Künstler, der Agent des Parteivertreter Klaus, Franz Künstler, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin der SPD., kündigt in den sächsischen SPD.-Blättern an, daß er unser Hallesches Bruderblatt, den „Klassenkampf“ vor dem Klassengericht verklagen wird, wegen der „Klassenkampf“ den Agenten Chamberlain als „Lügenkünstler und Lügenstümper“ bezeichnet hat.

Es ist charakteristisch für diesen Burschen, der doch wahrlich von uns nicht schonender behandelt wird, daß er unfähig seine „Enthüllungen“, die er im Dienste Chamberlains macht, zu beweisen, die deutsche Klassenjustiz mobilisiert. Soweit ist dieser frühere Unabhängige, der jetzt voll und ganz die Politik der Weis und Müller vertritt heruntergekommen, daß er seine ganze Hoffnung in die Niederjustiz setzt. Mit Verachtung zeigt die deutsche Arbeiterschaft über diese Burschen hinweg, die im Bunde mit Chamberlain und Nieder gegen die Sowjetunion und die Klassenbeweise Arbeiterbewegung kämpfen.“

Wir wissen nicht, ob die „Rote Fahne“ ihre Leser für geistkrank hält, da sie ihnen einen solchen Kalauer als Antwort vorzusetzen wagt. Wir sind der Meinung, daß es für die KPD. besser gewesen wäre, diese formalen Beldingungen zurückzunehmen. Es wäre das wohl ein Ende mit Schrecken, aber immer noch besser, als der Schrecken ohne Ende.

Wir stellen doch wohl eine nicht allzu komplizierte Tatsache fest, wenn wir bemerken, daß die Befleischung der deutschen Reichswehr mit Munition durch kein bürgerliches Klassengericht festgestellt werden könnte, — wenn es nicht wahr wäre. Noch mehr; hier wäre doch eine willkommene Gelegenheit, die SPD. die einen solch ungeheuerlichen Vorwurf erhebt, in ihrer abgrundtiefen Verlogenheit vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit bloßzustellen und sie der proletarischen Verachtung preiszugeben. Wir meinen, daß diese Methode, eine viel bessere Abwehr wäre, als die billigen Redensarten von den „Agenten Chamberlains“ aus dem Munde von Leuten, deren lächerliches Leugnen jetzt, wo kein Maulspitzen mehr hilft, in das unverhüllte Geständnis umschlägt: Es ist wahr, es ist leider allzu wahr! Wer einen anderen Sinn aus diesem Geständnis herauslesen kann, der mühte schon vollkommen rettungslos bolschewisiert sein, und wäre in der Tat mehr zu bedauern, als zu beneiden.

Dieses Eingeständnis, daß Rußland die deutsche Reichswehr in ihrem Kampf gegen das aufgebregene Proletariat mit Munition versorgt, das kennzeichnet

Der Zerfall des englischen Imperiums

Die britische Empirekonferenz, die Ende November 1926 nach mehrwöchentlicher Tagung auseinanderlag, hat die Umwälzung in den Beziehungen der Dominions zu dem Mutterland legalisiert. Seit dem Eintritt Englands in den Weltkrieg ist die absolute Autorität des Mutterlandes immer mehr zurückgegangen. Der einseitige Machtanspruch des nationalenglischen Kapitals hat den Dominions Verpflichtungen auferzogen, die zu einer erheblichen Belastung ihrer Wirtschaft geführt haben, ohne daß die Interessen der Dominions an dieser europäischen Auseinandersetzung in einem entsprechenden Maße beteiligt waren. Der Zwang zur Annahme lag in der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom englischen Kapital, das der Bankier der Dominions war und auf dessen Kapitalexport ihre wirtschaftliche Entwicklung beruhte. Das amerikanische Finanzkapital, das jetzt die Welt beherrscht, war damals noch selbst ein Schuldenkind, dessen rasche Entwicklung zur ausschlaggebenden kapitalistischen Macht nur eine Folge des Weltkrieges ist. Es hatte bald durch die Wirkung der Gewinne aus den Rüstungsaufträgen des englischen Kapitals erkannt, daß ihm durch die auf diesem Wege herbeigeführte Entscheidung der Aufstieg zur führenden Macht eröffnet wurde.

Die Dominions gegenwärtig während des Weltkrieges noch für den Vertrieb ihrer Landesprodukte auf die englische Handelsorganisation angewiesen, zumal da infolge der Deberstellung der Meer durch die britische Flotte eine Verbindung mit den Ozeanen der Entente ausschied. Außerdem hätte ein Stieg des Empires, der mit geringeren Kosten verbunden wäre, zweifellos auch zu einer wirtschaftlichen Stärkung der Dominions geführt. So hätten die Dominions nur Verluste zu buchen, während sich das national-englische Kapital durch Angleidung neuer Gebiete besonders in mittleren Osten, Palästina, Transjordanien und Mesopotamien neue Ausbreitungsgebiete und vor allem eine zusammenhängende Landbereiche auf dem Wege von Europa nach Indien geschaffen hat. Zu den Nachteilen gehörte auch nicht zuletzt der Verlust der kapitalistischen Hegemoniestellung Englands.

Der einzige positive Gewinn des Weltkrieges war die größere Selbständigkeit in der Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten und in den Anfängen der Alleinherrschaft Londons durch eine stärkere Zusammenarbeit in der auswärtigen Politik. Die autonomen Reichsglieder Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland und Irland, hatten zuletzt im Jahre 1923 eine Erweiterung ihrer Rechte angestrengt erhalten. Sie bezog sich im wesentlichen auf den Abschluß internationaler Verträge, die den einzelnen Ländern außerordentlich viel Spielraum und Freiheit gewährten und aus diesem Grunde für die an dem Zustandekommen Nichtbeteiligten starke Verpflichtungen mit sich bringen konnten. Der Grund für die jetzige Neuregelung liegt in den Versagen des bisherigen Systems. Wieder waren die europäischen Bindungen des englischen Kapitals ausschlaggebend. Die von England in den verschiedenen Konferenzen in den Reparationsfragen eingegangenen Verträge wurden von einem Teil der Mitglieder wegen mangelnder Verständigung und wegen, wenn auch nicht die fact, aber in der Praxis sicher zu Belastungen der Dominions führenden Verpflichtungen heftig kritisiert. Kanada ging sogar so weit, daß es den Locarnovertrag völlig ablehnte. Irland forderte einen eigenen Platz im Völkerbunde.

Es wachsen sich dabei die durch die Verlagerung des Schwerpunktes der kapitalistischen Weltstellung von Europa nach Amerika geschaffenen neuen Konstellationen aus. Die Interessen des national-englischen Kapitals, sind nicht mehr von so überragender Bedeutung, daß sie auch mit dem Interesse der Dominions identisch sind.

Bei der Besprechung der durch den Versailler Vertrag bestimmten Neuordnung der internationalen Beziehungen des Kapitals fand es sich im wesentlichen um die Klänge zwischen dem englischen und französischen Kapital, um die europäischen Finanzmächte. Das englische Kapital verlor Deutschland als englischen Stützpunkt auf dem europäischen Kontinent gegen die französischen Machtansprüche auszuweisen. Es mußte das deutsche Kapital bei seinem wirtschaftlichen Aufschwung sehr stark unterstützen und trat folgedessen auch für seine Aufnahme in den Völkerbund ein. Diese Unterstützung der englischen Reichspolitik mit der recht britischen Interessen brachte für Kanada, das infolge seiner Lage stark aus dem U.S.A.-Kapitalismus verbunden ist, wirtschaftliche Schwierigkeiten.